

A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	Volt- Fraktion
Eingang	28.09.2023
Federführend	GB 3, Abt. 3/2

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

18.10.2023

Betreff:

**Bargeldlose Verwaltung
- Anfrage der Volt-Fraktion**

Vorbemerkungen:

Grundsätzlich erfolgen Bargeldeinzahlungen nur auf **ein** städtisches Konto.

In 2022 gab es 1.865 Bareinzahlungen im Wert von 1,2 Mio. Euro, die in aller Regel aus Abrechnungen von städtischen Barkassen resultieren. Rund ein Viertel davon betrifft die Barkasse „Vollstreckungsbeamte“.

Die im FAZ Artikel genannten Kennzahlen sind nicht nachvollziehbar. Die Stadtkasse Siegen verzeichnet jährlich ca. 1,3 Mio. Kontenbewegungen mit einem Umsatz von ca. 400 Mio. Euro. Erwähnte fünf Vollzeitstellen beziehen sich vermutlich auf die gesamten Bankbewegungen, d.h. Bargeldeinzahlungen, Überweisungen, Schecks, Abbuchungen und E-Payment.

Alle Zahlungseingänge werden zunächst als sogenannter Schwebeposten gebucht und dann mit einer zu erstellenden Sollstellung verrechnet. Insofern entsteht bei Bargeldeinzahlungen also kein Mehraufwand, da jede Zahlung – egal welcher Art – verbucht werden muss.

Dies betrifft zunächst Einzahlungen, die aus nur **einer** Zahlung bestehen. Setzt sich die Einzahlung dagegen aus mehreren einzelnen Zahlungen zusammen, verursacht eine Bargeldzahlung weniger Aufwand als eine Zahlung mittels E-Payment oder Kreditkarte. Denn bei Verbuchung einer Abrechnung der Kreditkartenbetreiber müssen alle Einzahlungen der jeweiligen Kostenstelle zugeordnet werden.

Zu den Fragen und Antworten:

1. Wie viel kostet die Verwaltung das Management von Bargeld? Die FAZ' schreibt, dass vergleichbare Städte bis zu 5 Vollzeitstellen für das Management von Bargeld benötigen. Trifft das auch auf Siegen zu?

Eine isolierte Kostenbetrachtung ist nicht möglich. Insofern wird auf die Vorbemerkungen verwiesen.

1.1 Welche Einsparungen würden mit einer bargeldlosen Verwaltung einhergehen?

Keine! - siehe Vorbemerkungen

2. Aus welchem Grund können nicht alle städtischen Dienstleistungen mit einer Kreditkarte bezahlt werden?
und
3. Wann ist damit zu rechnen, dass alle städtischen Dienstleistungen auch mit einer Kreditkarte bezahlt werden können?

Die Gebühren für die Kartenzahlungen betragen zwischen 1,09% und 3 % des Waren- oder Einkaufswertes und müssten laut Gesetz von der Stadt übernommen werden.

Einer diesbezüglichen Entscheidung ist angesichts der anfallenden Gebühren ein Abwägungsprozess bzw. eine Kosten-Nutzen-Analyse voranzustellen. Ist doch eine Kommune nicht frei bei ihrer „Preisgestaltung“. Gleichwohl werden in immer mehr Verwaltungsbereichen Kreditkartenzahlungen ermöglicht.

